

Deutsches Reich.

* Prinz Heinrich von Preußen ist gestern dem König von England in Audienz empfangen worden, in der er dem König ein Handreiben des Kaisers überreichte. Der Kronprinz von Rumänien, der gestern in Berlin weilte, hat bormittags dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg einen Besuch abgestattet.

* Folgen des Wagenmangels. Der Bergbau-Berein in Essen hat bekanntlich nähere Ermittlungen über Umfang und Folgen des Wagenmangels im Ruhrgebiet beantragt. Für die Zeit vom 10. bis 30. November liegen die Feststellungen für sämtliche Berden des Ruhrgebietes vor. Hiernach müssten an 13 Arbeitstagen insgesamt 77 085 Arbeiter eine volle achtstündige Schicht feiern. 144 995 Arbeiter müssten außerdem woszeitig ausfahren. Die Zahl der hierdurch auszufallenden Arbeitsstunden beträgt 436 837 oder in Schichten umgerechnet 54 605 volle Schichten. Der Gesamtanfall an Schichten wegen des Wagenmangels stellt sich somit auf 131 600, entsprechend einem Lohnverlust an 12 Arbeitstagen (510 Mrk. je Schicht) von 671 610 Mrk. Hierbei ist aber nicht der Lohnausfall berücksichtigt, der durch das stundenlange unrichtige Verweilen der Arbeiter in der Grube verursacht ist. Die Gesamtsumme der auf Lager gestützten Mengen an Kohlen, Stolz und Weisheitsstein von 16. bis 30. November 287 039 t = 28 700 Wagen à 100 t. Für den 2. Dezember ergibt sich ein Gesamtanfall von 2 675 Schichten, entsprechend einem Lohnausfall von 13 643 Mrk. Gehaltsverminderung 9 961 t.

* Eine militärische Verwendung ist auch im Osten Deutschlands nicht nur der Eisenbahndirektion, sondern überhaupt auf Eisenbahnübergängen aus militärischen Vorkehrungsmaßnahmen angeordnet worden.

* Der Reichsverband deutscher Städte (Verband der Städte unter 25 000 Einwohnern) beabsichtigt anlässlich des bevorstehenden Regierungsjubiläums des Kaisers eine gemeinsame Kundgebung zu veranstalten. Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes wird demnächst über die Angelegenheit berichten. Die Mitgliedsgemeinden sollen 1/4 Fennig pro Einwohner als Beitrag entrichten.

* Stapellauf. Auf der Germaniafahrt zu Kiel ist gestern mittag ein für die Türitz bestimmter Minenleger abgegangen. Sein Deplacement beträgt 380 Tonnen, die Geschwindigkeit 15 Knoten.

Zum Artikel „Krieg oder Frieden“, den wir der „Köln. Ztg.“ entnommen, schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Eine Stelle aus einem Artikel, worin die „Köln. Zeitung“ Betrachtungen über die Stellung des Reichstags zum Montag anstellt, wird von einem Blättern in demselben Gegenstand zu unseren Mitteilungen vom 25. November gebracht. Wir bemerken dazu nur, daß amtliche Kreise mit jenen Betrachtungen der „Köln. Ztg.“ nichts zu tun haben.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 4. Dezember 1912.

Am Bundesratsstische: v. Tirpitz, v. Seeringer, Kühn, Krause, Dr. Vöso, Dr. Zoll, Waderapp.
Präsident Dr. Koenig eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Die Generalabschlüsse des Reichshaushalts- etats für 1913 wurde fortgesetzt.

Staatssekretär des Reichshaushalts: Kühn: Es ist eine alte Übung, bei der Einleitung der Etatsberatungen eine Darstellung des finanziellen Verhältnisses der drei letzten Jahre zu geben. Das Etatsjahr 1911 zeigte eine Gesamteinnahme von 3 Milliarden und eine Gesamtausgabe von 2 1/2 Milliarden. Das ist ein erfreuliches Ergebnis. Bei den Einnahmen florierten mit Überschüssen von 18 Millionen die Postverwaltung, von 15 Millionen die Eisenbahnverwaltung und die Meßrechnung aus den Zöllen mit nicht weniger als 40 Millionen Mark. Diese Überschüsse sollten für den Rest des Reichshaushalts aus 1909, für den bereits die Überschüsse aus 1910 verwendet worden sind, verwendet werden. Wenn die zweite Hälfte des Etatsjahres 1912 hält, was die erste verspricht, so werden wir auch jetzt wieder mit einem erheblichen Überschuss zu rechnen haben. Die besonderen Schwankungen unterworfenen Getreide- und die Verbrauchssteuer zeigen eine gute Entwicklung. Unsere Industrie zeigt einen solch unermesslichen Aufschwung, daß von einer Konjunktur im wahren Sinne des Wortes gesprochen werden kann. Nicht zu befürchten ist, daß unsere Anleihen im nächsten Jahre, wie in der Presse geäußert wurde, den Betrag von 5 Milliarden erreichen werden. Seiner Zeit ist einmütig beschlossen worden, die Reichsfinanzreform mit einer Reichssteuerreform abzuschießen. So möchte ich mich nicht darüber auslassen, welche Form sie annehmen wird, ob Einkommen- oder Erbschaftsteuer. Als Laie schliesse ich mich an, daß eine in Reichshaushalt ausgearbeitete Denkschrift bereits seit einiger Zeit den Bundesregierungen vorliegt, und daß Verhandlungen über diesen Gegenstand stattfinden werden, vorausgesetzt, daß die Herren von der Reichsanstalt zurücktreten. Tatsache ist, daß die Regierung und mit ihr der Reichstag sich dahin entschieden haben, daß ein Teil der einmaligen Ausgaben für die Verbrauchsabgaben aus den Überschüssen von 1911 bestreiten wird. So man dies für falsch halten mag oder nicht, man muß sich mit den Beschüssen der gelegentlichen Körperparteien abfinden. (Mit Ministerrückfragen Dr. Zeltowitsch und Zaitz zu Ende.) Ich sage die Hoffnung, daß es dem jetzigen und künftigen Staatssekretär mit Unterstützung des Reichstages gelingen wird, an den Grundrissen der Finanzpolitik festzuhalten. Wenn das der Fall sein wird, werden die künftigen Etats bei Ausfüllung der Anleihen für nichtverwendende Zwecke noch folter sein, als der gegenwärtige. Es ist möglich gewesen, die feste Grundlauge unseres Staatswesens auch für die nächste Zukunft anstrengt zu erhalten, und wir haben dies trotz der hohen Ausgaben für unsere Wehrmacht. Einschränkung des Verbrauchs, Zurückstellung aller Ausgaben, für die keine Deckung vorhanden ist, das muß alle Zeit unser Ziel sein. (Sehr richtig!) Es ist jetzt ein Jahrzehnt verfloßen, seitdem wir in einem Verleide der Zukunftsansichten begehen. Sollen wir auf allen Seiten, das darartige Zustände nur noch der Geschichte angehören.

Abg. Dr. Franz-Mannig (Soc.): Besonders stolz kann der Staatssekretär auf seine großen Überschüsse nicht sein. Die breite Masse der Beschäftigten hat die Taschen zu tragen. Wir haben Bedenken, und der Beschäftigten zu freuen, da wir wünschen, daß wieder Bestimmungen getroffen werden, durch die die breiten Massen abetmals belastet werden. (Der Reichskanzler erhebt sich.) Wir sind noch immer mitten in der Schuldenverschuldung. Für sonstige Zwecke werden weniger Zinsen für Steuern und Rente aber Millionen angelegt. Für solche Zwecke ist so gut wie nichts im Etat zu finden. Das deutsche Proletariat ist in der ganzen Welt als muerklich. Das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angehörten wird beschränkt und das Vereins- und Versammlungrecht mißachtet. Wenn die Sozialdemokratie in der Arbeiterfrage vorgeht, so wird sie von der Regierung nicht unterstützt, sondern ihre Bestrebungen vielmehr gehindert. (Unruhe.) Der Mut nach Verkärterung der Bestimmungen von Streikverboten

und Verharmen. Die Arbeiter, die die Follage der Arbeiter zur Herabdrückung der Löhne anstreben, sollen wegen Drogen bestraft werden. Die Wohnungsfürsorge muß auch auf die Landbesitzer ausgedehnt werden. Alle diese Einzelfragen mühen in der Frage des preussischen Klassenwahlrechts. Das Zentrum, das gegen die Friedensdemonstrationen der Sozialdemokraten sich so ins Zeug legt, hat selbst Demonstrationen zu gunsten der Jesuiten veranstaltet. Die Entscheidung des Bundesrats in der Jesuitenfrage war eine erfreuliche Erscheinung. Namens meiner Partei kann ich erklären, daß wir keine Angst vor den Jesuiten haben und nach wie vor für die Aufhebung des Reiches des Jesuitengesetzes sind. Aus der Kriegserklärung des Zentrums an den Staatsminister aus Anlaß der Duellefrage ist nichts weiter herauszukommen, als die Bewilligung der Militärverträge. Wir erwarten die Jugend für Freiheit, Demokratie und Sozialismus. (Beifall bei den Soc.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Ich hätte anstelle des Freiherrn v. Berg den Bundesrat in Sachen des Jesuitengesetzes gar nicht erst befragt. Preußen hat auch wiederholt Rundgebungen und Auslegungen des Jesuitengesetzes vorgenommen. Das gleiche Recht kann Bayern für sich in Anspruch nehmen. Durch den Bundesratsbeschluss ist die Erregung unter den deutschen Katholiken steigend geworden. Wir wollen den konfessionellen Frieden. Die Jesuiten haben nichts zu tun, und nicht in voller Übereinstimmung mit der Lehre der katholischen Kirche. Ich bin der Meinung der Jesuiten und ihre Lehre ist zulässig, sobald nicht einschneidende Bestimmungen dem entgegenstehen. Ist dies der Fall, so haben auch die einzelnen Länder das Recht, ihre besonderen Auslegungen bekannt zu geben. Das katholische Volk versteht es nicht, daß ihm die Mittel beschnitten werden, die es für sein religiöses Leben für nötig hält. Es wird niemand im Hause sein, der es nicht glaubt, daß wir nicht für die Jesuiten eintreten würden, wenn wir an ihrer Gefährlichkeit zweifeln. Alle Schuld ruht auf dem Orden. Wir werden die Schuld von uns abwählen und fortgesetzt für die Aufhebung des Gesetzes streben. Dr. Spahn verlas sodann eine Erklärung, in der es heißt:

Das Gesetz vom 4. Juli 1872 betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu enthält einen Angriff gegen die katholische Kirche und die staatsbürgerlichen Rechte der Katholiken im Deutschen Reich. Das Verbot der religiösen Tätigkeit für die Angehörigen gewisser Orden ist eine Beschränkung des Lebens der katholischen Kirche und eine Beeinträchtigung der freien Religionsübung der Katholiken, die in Reihe voll- und gleichberechtigt sind. Die gegen die Jesuiten früher und jetzt erhobenen Vorwürfe sind unwahr. Der zur Beurteilung zulässige deutsche Episkopat hat ihnen wie bisher so auch jetzt keinen Vorwurf zu machen. Die Inhaftierung ihres Lebenswandels und ihre Willkür sowie nicht minder durch ihre eifrige und gesegnete Wirksamkeit in der Hilfsleistung ausgezeichnet. Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 28. November 1912 verletzt die Gewissensfreiheit aller Katholiken, welche die Spendung der Sakramente von denjenigen Priestern müssen empfangen dürfen, denen sie ihr Vertrauen schenken. Der Bundesrat hat die in den Ausnahmegebieten liegenden Eingriffe in die bürgerliche und kirchliche Freiheit verächtlich. Unter diesen Umständen können wir als Reichstag und Bundesrat das Verbot nicht haben, daß die Bedürfnisse der Katholiken im Deutschen Reich bei ihnen nicht gerade beachtet werden. Wir werden unser Verhalten dementsprechend ändern.

Darauf ergriff Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg das Wort und sagte etwa folgendes: Meine Herren! Der Herr Abg. Spahn hat von einer tiefen Erregung gesprochen, in die das katholische Volk in den letzten Bundesratsbeschluss geraten ist. Gewiß ergreift Streitigkeiten, die das kirchliche Gebiet betreffen, das deutsche Gemüt tief, als es im Auslande, bei anderen Nationen der Fall ist. Den zahlreichen Stimmen aus katholischen Kreisen stehen aber zum Widerstand ebenso zahlreiche Äußerungen von evangelischer Seite gegenüber. Ich halte es für notwendig, daß wir bei der Beurteilung dessen, was anzusehen ist, uns von der Erregung der Gemüter möglichst frei halten. Obwohl der Bundesrat eine Definition des Begriffs Ordensaktivität nicht gegeben hat, hat sich im Reich eine Praxis herausgebildet für die Auslegung des Gesetzes, die in allen Hauptpunkten in den einzelnen Bundesstaaten die gleiche gewesen ist. Diese Praxis hat im Laufe der Zeiten die Tendenz gehabt, nicht sich zu verschärfen, sondern zu mildern. Dies war im Interesse des konfessionellen Friedens nur zu begrüßen. Der Reichstag und der Bundesrat hatten immerhin Anlaß, an diesem Zustande zu rütteln. Da ist der bayerische Erlass gekommen. Dieser Erlass hat mich und den Bundesrat genötigt, uns neuerdings mit der Ausfüllung des Jesuitengesetzes zu befassen. Wel uns hat diese Initiative nicht gelegen. Und, meine Herren, indem ich dies feststelle, will ich mich in keinerlei Weise mit den Vorwürfen identifizieren, die in der Öffentlichkeit gegen die bayerische Regierung und vor allem gegen den angestrichelten Reichsminister ausgesprochen worden sind, als hätten sich die gegen das Reich ausgesprochen. Die Art und Weise, wie Bayern die Angelegenheit vor das Forum des Bundesrats gebracht hat, sollte die bayerische Regierung jedes Vorwurfs des Verfalls, das Mißtrauen zu wecken, entgehen und in den Augen derjenigen, die nicht in infanterer gemeinsamer Tätigkeit erfasen haben, mit welcher Feindschaft und mit welcher über alle Sonderinteressen erhabenen Bundesreue Bayern zum Reiche steht. Für mich kommt es darauf an, das Grundgesetz festzuhalten. Der Bundesratsbeschluss, meine Herren, ist entstanden aus der Möstigkeit, die Auslegungen zu modifizieren, welche die Bundesregierungen bei der Handhabung des Gesetzes im Geiste des Bundesratsbeschlusses von 1872 gegeben haben. Die folgende Praxis, die beständige Handhabung des Gesetzes zu ändern, ist nicht Zweck und Absicht des jetzigen Bundesratsbeschlusses gewesen. Für den Bundesrat und den Reichskanzler lag keinerlei Veranlassung vor, einen Gegenstand materiell neu zu ordnen, mit oder ohne das Vorgehen Bayerns ohne diesen Antrag seine Veranlassung gehabt hätte, sich überhaupt zu befassen. Meine Herren, das ist der Vorgang der Sache, und dieses Vorgang sollte man sich bei einer Kritik des Bundesratsbeschlusses auf allen Seiten vor Augen halten. Das ist zu meinem Bedauern in der Erklärung nicht geschehen, die der Herr Abg. Spahn am Schluß seiner Rede verlesen hat. Wenn Sie, meine Herren, mit Zentrum einverstanden sind, so tun, dem Bundesrat und mir das Vertrauen kundig und wenn Sie danach ihr gesamtes politisches Verhalten einrichten wollen, dann, meine Herren, was selbst das anders, als daß Sie die Jesuitenfrage zum Scheitern Ihres politischen Programms machen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn Sie als Mitglieder der katholischen Kirche die Beilegung des Jesuitengesetzes herbeiführen, wer wollte Ihnen das verdanken? Aber haben den 24 Millionen Katholiken leben 40 Millionen Protestanten in Deutschland, jedes Stück eines Volkes, und in allen Schichten ein nationales Leben auf Gehalt und Verbot zusammengekommen. (Beifall.) Meine Herren, eine geschilderte Tatsache ist es, daß sich das evangelische Volksempfinden von jeder gegen die Jesuiten feindliche Haltung hat. (Zustimmung.) Die Formen in dieser Tatsache auch nicht ein Phantom oder eine Phantasie der Evangelischen erlösen. Die freitragende Tätigkeit, die die Jesuiten in vergangener Zeiten auf allen Gebieten, in Kirche, Volk und Schule entfaltet haben, ihr internationaler Charakter, ihr Abstreben gegen die Entmündigung des modernen Staatsge-

denkens hat den Orden wiederholt nicht nur in protestantischen, sondern auch in rein katholischen Ländern mit der Staatsregierung, ja mit der römischen Kirche in Widerspruch gebracht. (Sehr richtig!) Müge uns das Bewußt vor der Wiederkehr von Zufällen zu wachen, in denen um des Glaubens willen die Glieder des Volkes einander entfremdet wurden. Deshalb, meine Herren — und damit lassen Sie mich schließen — muß ich meine warmen Stimme erheben, wenn jetzt im katholischen Teile Deutschlands der Bundesratsbeschluss als die Wiedereröffnung des Kulturkampfes dargestellt wird. Zielen, die das tun, laden eine schwere und verhängnisvolle Verantwortung auf sich. (Sehr richtig!) Ich bin mehr mit dem Inhalt des Bundesratsbeschlusses nicht mit dem Vorgang, der zu seiner Fassung führte, verbunden. (Beifall bei den Soc.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Die Erklärung des Reichskanzlers, daß die bisherigen Bestimmungen und die Handhabung des Jesuitengesetzes nicht verächtlich werden sollen, ist erfreulich. Die Auslegung des Bundesrats liegt im Einklang mit der Auslegung, die man seit 40 Jahren dem § 1 des Jesuitengesetzes gegeben hat. Der Etat bietet ein Bild eines guten finanziellen Fortschritts, die Folge der auch von uns 1909 beschlossenen Reichsfinanzreform. Unser Anliegensbedacht hat sich immermehr verringert. Die Börse hat sich in der letzten Zeit der Kriegserregung nicht gemindert gezeigt. Wenn die Deere- und Marineverwaltung glaubt, daß sie die Doppel-Einkaufe für ihre Zwecke gebrauchen kann, dann müssen wir zu der erwartenden Verlage bemerken. Für weitere Steuern müssen wir unsere Entschlossenheit vorbehalten. Der Ernst der Stunde verlangt Ruhe und Besonnenheit. Nervosität im Wirtschaftsleben ist nicht angebracht. (Beifall rechts.)
Darauf vertagte sich das Haus.
Wiederberatung Donnerstag 1 Uhr; außerdem Petroleummonopol, Interpellation wegen Koalitionsfreiheit und Wagenmangel.

Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 4. Dezember 1912.

Am Ministertisch: Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-König eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Abg. Rosenborn (Str.) begründete seine Interpellation wegen des Hofabens in den rheinischen Winterreisen infolge der längeren Frostschäden.

Landwirtschaftsminister Freih. v. Schorlemer: Das Jahr 1912 verpfand für die Winter eben so erfolgreich zu werden wie 1911. Das verdiente der gewaltige Frost am 4. und 6. Oktober die Öffnung der Winter. Der Schaden beläuft sich aber nicht auf Millionen, wie vielfach gesagt wird. Denn die Feldkulturen haben ergeben, daß ein Notstand in den Betroffnen kommenden Wintergezeiten nicht vorliegt. Deshalb ist ein Anlaß zum Erlass eines Notgesetzes nicht gegeben. Auch kann den Anträgen auf Änderung des Weinegesetzes nicht stattgegeben werden. Was wirklich eine Notlage vorhanden war, haben wir mit unserer Hilfe nicht zurückgelassen. Ich hoffe, die Winter werden auch über dieses schledere Jahr hinweg kommen.

Es folgte die W P r e c h u n g der Interpellation.
Abg. Rederow (Kons.): Ich hätte gewünscht, daß den Winter der Schaden etwas größer, zumal je in den letzten Jahren große Verluste erlitten würde.

Abg. Dohlem (Str.): Ich spreche dem Landwirtschaftsminister namens meiner politischen Freunde den Dank dafür aus, daß er sich gegen eine Änderung des Weinegesetzes ausgesprochen hat.
Abg. Engelmann (Natl.): Wir wünschen den baldigen Erlass eines Notgesetzes.

Abg. Gräber (Fortf. Sp.): Es ist zu wünschen, daß der Schaden nicht so groß ist, wie er anlässlich dargestellt wurde. Wir wünschen von der Regierung ausreichendes Material über die Ausdehnung der normalen Hofabens zu erhalten der Winter.
Abg. v. Klodde (Kund der Kandidaten) wünschte das Weiterbestehen des Volkes auf ausländische Weine.

Abg. Dr. Viehnecht (Soc.) hielt eine Notstandsaktion für notwendig. Die Berechnung des Ministers über den Schaden beruht auf falschen Unterlagen.
Landwirtschaftsminister Freih. v. Schorlemer: Die zweite zur Änderung der vorigen Not haben eine zweifelhafte Verwendung gefunden. Der Vorwurf des Abg. Viehnecht ist unverständlich. (Beifall rechts.)

Nach weiteren Bemerkungen einiger Zentrumsausschüsse wurde die Beredung geschlossen.

Es folgte die Beratung eines Antrages Stolfer (Kons.), ein an der rechten Seite des Abgeordnetenhauses gelegenes Grundstück der Deereverwaltung für die Zwecke des Kaufes zu erwerben. Hierzu war ein Schreiben vom Staatsminister eingegangen, das einen Kaufvertrag von Grundrissen in der Wilhelmstraße und Prinz-Adolfstraße noch nicht abgeschlossen ist, daß aber im gegebenen Falle auf die Bedürfnisse des Abgeordnetenhauses Rücksicht genommen werden sollte.

Es entspann sich eine lebhafte Debatte, in deren Verlaufe ein Regierungskommissar erklärte, die Regierung habe sich in dieser Angelegenheit an das Staatsministerium gewandt, dieses habe aber eine Veräußerung des Grundstücks an den preussischen Fiskus aus Gründen des militärischen Interesses abgelehnt. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag Lippmann (Fortf. Sp.), daß der Ministerpräsident und der Kriegsminister bei Beratung dieser Angelegenheit im Hause anwesend sein sollen, angenommen. Die Wiederberatung des Antrages Stolfer wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgte die Interpellation Franzosen und Gen. (Konsf. Sp.), betr. das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegen den Verein Berliner Feuerwehrcorps.
Abg. Ropsch (Fortf. Sp.) berief sich auf die Interpellation. Der Polizeipräsident hat den Berliner Feuerwehrcorps unter Androhung der Disziplinierung verboten, dem Verein Berliner Feuerwehrcorps anzugehören. Dieses Vorgehen verstoßt gegen das Reichsvereinsgesetz.

Minister des Innern von Dallwitz: Angefaßt der Tendenzen des Verbandes deutscher Feuerwehrcorps in Dortmund hat es der Polizeipräsident mit den Wünschen der Berliner Feuerwehrcorps nicht für vereinbar erachtet, daß in diesem Verbande angehöre. Die Berliner Feuerwehrcorps sind staatliche Feuerwehrcorps, welche als solche denjenigen Befehlshabern in der Bereichsbefähigung, welche im dienstlichen Interesse notwendig sind, dem Verband der Feuerwehrcorps, dem auch der Berliner Verein angehört, ist zwar keine sozialdemokratische Organisation. Eine Tendenz ist aber darauf gerichtet, die Disziplin zu untergraben. Durch die Maßnahmen des Polizeipräsidenten sind die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes nicht verletzt worden. Daraus befragte sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Dritte Beratung des Wassergesetzes. Schluß 5 Uhr.

Ausland.

Debatte im Schweizer Bundesparlament über die Kopfen der Kaiserreise.

Im Bundesrat wurde gestern über das Budget abgemittelt. Eine längere Debatte entstand besonders über den Budgetposten von 15000 Francs, die für den Empfang des deutschen Kaisers verausgabt werden sollen.

Rußland und die Reichshauptstadt.

Die russische Zeitung 'Nescha' schreibt: Die Rede ist ein neuer, sehr frischer Schritt zur Charakterisierung der internationalen Lage. Ueber die Momente, die die Gefahr eines europäischen Konfliktes in sich bergen, stimmen die Auffassungen der russischen und deutschen Diplomatie überein.

China sucht Hilfe gegen Rußland.

Die chinesische Regierung wandte sich an das Staatsdepartement in Washington mit dem Ersuchen, sich an einem Einfluß in der Regierung der offenen Tür in der Mongolei durch das russische Senbatschommen zu beteiligen.

Aus Nah und Fern.

Neuer Vizebürgermeister. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde Senator Dr. Eichenberg für die Jahre 1913 und 1914 zum Bürgermeister und zum Präsidenten des Senats gewählt.

Fraxer Traub. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wahlberechtigte. In der gestrigen Präsenztantensitzung der Kleinbildgemeinde in Dortmund wurde bekanntgegeben, daß Fraxer Traub die auf ihn gefallene Wahl zum Kreisbizebürgermeister angenommen habe.

Wittgen aufweisen. Neben dem Offizier, der sich ins Herz und in den Mund geschossen hatte, lag sein Dienstreiber und ein Brief an seine Schwester. Der Wagen wurde abgepumpt, und man stellte fest, daß der Leiche der Kommandant des ersten Badesprengers...

Letzte Telegramme.

Berlin, 5. Dez. Geheimrat Walbeyer ist von der Akademie der Naturforscher in Halle zum Vorsitzenden der Kommission für wissenschaftliche Medizin gewählt worden.

Dresden, 5. Dez. Der Schluss des vierten Tages des Sechstages-Kennens ergab eine Distanz von 2615,73 Kilometer. Die Spitzengruppe bilden noch immer Saldo- und Koroens.

Kassel, 5. Dez. Ein 40jähriger Arbeiter trug in der Höhenalptrasse Kohlen, stürzte dabei ab und blieb, da sich niemand um ihn kümmerte, liegen und wurde später erfroren aufgefunden.

Konstantinopel, 5. Dezember. Wie der Vertreter des Wiener Korrespondenten von autoritativer Seite erfährt, werden die Friedensverhandlungen in etwa 10 Tagen in London beginnen.

Wien, 5. Dez. Wegen Wertschwankungen in Höhe von 200 000 Rubeln verhaftete die Polizei den Sohn eines Großindustriellen.

New-York, 5. Dezember. Yamaka ist abermals durch einen schweren Sturm heimgesucht worden, dem viele Menschen zum Opfer gefallen sind.

Börsen- und Handelsteil.

Die Börse in Paris und London.

Paris, 4. Dezember. Am Einfluß mit den Auslandsbörsen eröffnete die Börse mit trübem Verlauf zu leicht abgewandten Kursen. Nach immer ist es die überhörschungs-anwartschafts-russische Frage, welche die Spekulation zur Betätigung veranlaßt.

London, 4. Dezember. Die Börse verkehrte vornehmlich in matter Haltung, da die schwache Tendenz an den Auslandsbörsen und die Differenzen zwischen den Staaten des Vorkriegesbestimmungen hervorgerufen. Englische Börsen waren ziemlich stetig.

London, Mittwoch, 4. Dezember. Die heutige Bourse verlief bei lebhaftem Geschäft in feiner Haltung. Südamerikanische Sorten waren volle 5 Prozent über der Oktobernotiz.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Getreidemarkt. (Nacht. Notierungen.) Berlin, 4. Dezbr. Weizen (Normalgew.) 172 1/2 - 180

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Getreidemarkt. (Nacht. Notierungen.) Berlin, 4. Dezbr. Weizen (Normalgew.) 172 1/2 - 180

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Getreidemarkt. (Nacht. Notierungen.) Berlin, 4. Dezbr. Weizen (Normalgew.) 172 1/2 - 180

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Getreidemarkt. (Nacht. Notierungen.) Berlin, 4. Dezbr. Weizen (Normalgew.) 172 1/2 - 180

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Getreidemarkt. (Nacht. Notierungen.) Berlin, 4. Dezbr. Weizen (Normalgew.) 172 1/2 - 180

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Getreidemarkt. (Nacht. Notierungen.) Berlin, 4. Dezbr. Weizen (Normalgew.) 172 1/2 - 180

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Getreidemarkt. (Nacht. Notierungen.) Berlin, 4. Dezbr. Weizen (Normalgew.) 172 1/2 - 180

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Getreidemarkt. (Nacht. Notierungen.) Berlin, 4. Dezbr. Weizen (Normalgew.) 172 1/2 - 180

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Getreidemarkt. (Nacht. Notierungen.) Berlin, 4. Dezbr. Weizen (Normalgew.) 172 1/2 - 180

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Getreidemarkt. (Nacht. Notierungen.) Berlin, 4. Dezbr. Weizen (Normalgew.) 172 1/2 - 180

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Getreidemarkt. (Nacht. Notierungen.) Berlin, 4. Dezbr. Weizen (Normalgew.) 172 1/2 - 180

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse. Die Berliner Börse...

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

L. Hamburg, 4. Dezbr. Letzte ausländische Offerten in Wert bis 1000 kg rindfleisch. Frucht, Gut u. Speise. Marktbericht von der Berliner Börse.

Bank für Handel und Industrie (Bank) 5730

Filiale Halle a. S. (Bank) 5730

Aktienkapital und Reserven: 162 Millionen Mark.

